

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortlich: Max Schölerer
Herausgeber: Max Schölerer
Verlag: Max Schölerer

Bezugspreis: Bei Monatslieferung 1,20 RM.
Bei halbjährlicher Lieferung 6,00 RM.
Bei jährlicher Lieferung 11,00 RM.

Druck: Max Schölerer
Verlag: Max Schölerer

Die Aussichten der Brüning-Aktion Vor der Unterredung Eugenbergs-Hitler

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 8. Januar. Am Freitag hat man hier in noch stärkerem Maße als bereits in den gestrigen Abendstunden den Eindruck, daß die Aussichten für die Aktion der Regierung Brüning zur Verlängerung der Präsidentenwahlperiode Hindenburg auf dem Wege über eine parlamentarische Zweidrittelmehrheit unglücklich sind. Fest von dem Gelingen überzeugt ist eigentlich nur die demokratische „Vollstimmige Zeitung“ und in gewissem Sinne auch der demokratische „Berliner Morgenkurier“. Die „Germania“ enthält sich ebenso wie das „W. T.“ jeder Stellungnahme, während die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ mitteilt, daß die Möglichkeit einer parlamentarischen Verlängerung kaum in Frage kommen dürfte.

Umfangreiche Erörterungen werden ferner darüber angestellt, welche politischen Bedingungen Hitler gestellt haben könnte.

und wie sich die Linke zu derartigen Bedingungen stellen dürfte. Hitler soll, was allerdings nicht offiziell bestätigt wird, einerseits die Neuwahl des Reichstages gefordert haben, ferner Sicherheiten dafür, daß die Neuwahlen des Reichstages am nächsten Freitag, wie es ab und zu der preußischen Regierung unterstellt wird, nicht durchgeführt werden dürfen. Schließlich soll er verlangt haben, daß sich der Reichskanzler nicht länger weigern soll, die Legalität der NSDAP in aller Form anzuerkennen. Auch die Frage der Umbildung des Reichskabinetts soll eine gewisse Rolle gespielt haben.

Die Sozialdemokraten wenden sich schon von vornherein gegen die Verknüpfung der Verlängerungsaktion mit irgendwelchen politischen Forderungen.

Sie erklären, daß sie für die Aktion nur dann zu haben seien, wenn mit ihr keinerlei politische Bedingungen verknüpft würden. Voraussetzung für jede Erwägung des Planes durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, so schreibt der „Vorwärts“, ist nach unserer Meinung die vollkommenste Sicherheit dafür, daß den Reichsparteien keinerlei Gegenleistungen für ihr Entgegenkommen in Aussicht gestellt werden. Nur durch die Gewähr einer solchen Sicherheit kann der Plan der Reichsregierung für die sozialdemokratische Reichstagsfraktion diskutabel werden.

Der Führer der Deutschnationalen, Dr. Eugenbergs, trifft am Sonnabendvormittag in Berlin ein. Am Nachmittag findet dann eine Fraktionsitzung der Deutschnationalen statt.

Ausprache zwischen Hitler und Eugenbergs, an der unter Umständen auch der Führer des Stahlhelms, Seidte, teilnehmen wird, ist für Sonnabend vormittag festgesetzt.

Alle bisherigen Berichte über eine bestimmte Stellungnahme der Deutschnationalen zur Frage der Präsidentenwahl beruhen lediglich auf Kombinationen. Eugenbergs hat sich zu der Frage einer Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten noch nicht geäußert, da er erst von Hitler über die Einzelheiten der Unterredung Hitlers mit dem Reichskanzler unterrichtet werden muß. Falls ist insbesondere also auch die in der Presse aufgestellte Behauptung, daß die Deutschnationalen sich für die Verlängerung der Amtsperiode des Reichspräsidenten auf nichtparlamentarischem Wege eingesetzt hätten.

Ganz ablehnend dürfte sich unseren Informationen nach der Stahlhelm verhalten.

und zwar nicht nur deshalb, weil er keine parlamentarische Gruppe ist, sondern weil er keine antiparlamentarische Zielsetzung von jeder Art unterstreicht und die Reichspräsidentenwahl nicht in das Getriebe des Parlamentarismus einbezogen zu wissen wünscht. Allerdings kann die von der Reichsregierung gewünschte Zweidrittelmehrheit auch ohne die deutschnationalen Stimmen im Reichstag erfolgen. Hitler hätte es also an sich gar nicht notwendig gehabt, mit den Deutschnationalen in Verbindung zu treten. Daß er es trotzdem tat, läßt darauf schließen, daß auch er nicht unerbittliche Bedenken gegen den Groener-Brüning'schen Vorschlag hegt. Die Sozialdemokratie hat sich, wie oben mitgeteilt, darauf festgelegt, daß politische Bedingungen nicht gestellt oder gar erfüllt werden dürfen. Hitler wird sich infolgedessen dieser Anschauung nicht anschließen. Alle diese Umstände sprechen also dafür, daß die Aktion des Reichskanzlers kaum zu einem positiven Ergebnis führen kann. Kommt es zu einem negativen Ausgang, dann wird man nur bedauern können, daß die ganze Angelegenheit mit so wenig politischer Deutlichkeit eingeleitet worden ist. In Aktionen dieser Art müssen so gut vorbereitet sein, daß sie in jedem Augenblick, wo die Öffentlichkeit darüber etwas erdem, bereits als gesichert gelten können. Dies ist aber nicht der Fall gewesen, und so hat man heute das wenig schöne Bild, daß die Person des Reichspräsidenten allgemein in die

Erörterungen parlamentarischer Taktik und damit auch in die Niederlagen des Systems einbezogen wird.

In den frühen Nachmittagsstunden hatte man in der Wilhelmstraße den Eindruck, daß

der Reichspräsident nicht ohne Bestürzung

aus dem heutigen Presseecho zur Kenntnis genommen hat, welche Formen der Versuch der Reichsregierung, auf dem Wege über das Parlament die Reichspräsidentenwahl zu beeinflussen, angenommen hat. Man ist im Reichspräsidentenpalais sehr wohl davon überzeugt, daß es sich bei den ganzen Auseinandersetzungen, die sich naturgemäß an eine parlamentarische Aktion anschließen, keinesfalls um die Person des Reichspräsidenten selbst handeln kann. Von allen Seiten wird nach wie vor betont, daß der Reichspräsident als solcher gänzlich außerhalb dieser Erörterungen stehe. Womit sich allerdings die Presse befassen muß, ist die parlamentarische Aktion der Reichsregierung, und es werden immer mehr Stimmen laut, in denen darauf hingewiesen wird, daß es nicht die Aufgabe eines Reichskabinetts sein könne, Gesetzentwürfe verfassungswidriger Art in Bezug auf die Reichspräsidentenwahl vorzubereiten. Ein derartiges Ansehen hätte nur von der Wählerschaft des Reichspräsidenten ausgehen können. Wie man die Sache aber angeht, ist in breitesten Kreisen der Eindruck entstanden, daß es sich nicht zuletzt um eine Prolongation des Kabinetts Brüning in seiner heute soviel angefochtenen Zusammensetzung handelt.

Allerdings wird man auf der anderen Seite auch zugeben müssen, daß es vielleicht auf das Ausland keinen Eindruck nicht verfehlt, wenn der Außenminister auf die Kammer Konferenz mit einer geschlossenen Demonstration des deutschen Volkes gehen könnte.

Das sind auch die Argumente, mit denen heute in steigendem Maße von den politischen Kreisen um Brüning operiert wird. Auch demgegenüber müssen gewisse Zweifel geäußert werden. Es ist nämlich sehr fraglich, ob eine Einheitsfront, wie sie Brüning wünscht, auf das Ausland Eindruck macht, da sie mit sogenannten „nationalen Einheitsfronten“ in der Nachkriegspolitik schon wiederholt mit wenig günstigen Ergebnissen operiert worden ist. Eine Einheitsfront, die in dem Moment, wo es hart auf hart geht, auseinanderbricht, kann im Kampfe um die Reparationsrevision nichts nützen. Und will es scheitern, daß der Reichskanzler für Kaufleute besser gerüstet ist, wenn er mit einer zu allem entschlossenen Opposition im Rücken unseren Reparationsgläubigern entgegentritt.

Hitler spricht heute in Lippe

Berlin, 8. Jan. Adolf Hitler wird heute nachmittag nach Lippe fahren, wo am Sonntag Gemeindevorwahlen stattfinden, um in den Wahlkampf einzugreifen. Er wird in seiner dortigen Rede aber zu der aktuellen Frage der Reichspräsidentenwahl noch nicht entscheidend Stellung

Das Echo des Auslandes

Auffehen in England

London, 8. Jan. Die Unterredung Hitlers mit Dr. Brüning hat in der Londoner Presse erhebliche Aufmerksamkeit erregt, die sich in eingehenden Berichten über die Lage in Deutschland ausdrückt. Ein Reuters-Telegramm besagt zwar, daß eine Einigung Hitlers mit der Regierung über eine Art Waffenstillstand und über einen Verzicht der Nationalsozialisten auf einen eigenen Präsidentschaftskandidaten als sicher angenommen werden könne. Die Aussichten der Verhandlungen werden jedoch wegen der negativen Haltung der Sozialdemokraten und der Weigerung der Regierung, Neuwahlen auch im Reich vorzunehmen zu lassen, pessimistisch beurteilt.

Die Politik der Brüning-Regierung, so heißt es in der „Times“, sei schon seit einiger Zeit ein verästeltes Nationalsozialismus. Man werde kaum überreden, wenn man Dr. Brüning und seine Kollegen als die ersten praktischen Nationalsozialisten anspreche, und viele Personen in hohen Stellungen würden kaum ablehnen, daß sie im Grunde ihrer Herzen Nationalsozialisten seien. Beide Gruppen, die Politiker und die Theoretiker, seien sich einander wesentlich näher gekommen.

Die dramatische Unterredung, so sagt „News Chronicle“, bedeute die letzte Phase eines langen Kampfes um die Rettung Deutschlands. Friede und Wohlfahrt Europas würden von seinem Erfolg abhängen. Dr. Brüning verdiene Unterstützung. Aus diesem und aus einer Reihe von anderen Gründen fordert die Zeitung eine energische Initiative Englands in den Fragen der Tribute, der Kriegsschulden, der Währung, der Sozialhilfe und des internationalen Handels.

nehmen, da die Aussprache mit den Führern der nationalen Opposition noch nicht stattgefunden hat. Hitler wird Sonnabend früh nach Berlin zurückkehren. Im übrigen verlautet aus nationalsozialistischen Kreisen, daß man sich dort bezüglich der Reichspräsidentenwahl auf den Standpunkt der „orthodoxesten Legalität“ stellen wird.

Der „Völkische Beobachter“ zu den Berliner Besprechungen

München, 8. Jan. Im „Völk. Beobachter“ wird betont, in politischen Kreisen erblicke man in der gestrigen Unterredung des Reichskanzlers mit Hitler die Anerkennung der Tatsache, daß auch die Reichsregierung an der nationalsozialistischen Bewegung nicht vorübergehen könne, zumal eine so wichtige Frage, wie sie in den Besprechungen angeschnitten wurde, ohne die NSDAP nicht zu entscheiden sei.

In den Auslassungen des „Vorwärts“ bemerkt der „Völk. Beobachter“: „Daß die Verlängerung des verfassungswidrigen Zustandes, der die fortgesetzten Verfolgungen der NSDAP durch rote Länderregierungen erlaubt, im Sinne der Wünsche der Sozialdemokratie liegt, glauben wir gerne. Aber wir glauben nicht, daß das der Sinn einer Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten sein kann. Der „Vorwärts“ müßte anerkennen, daß jede nationalsozialistische Forderung zunächst einmal die Wiederherstellung einer gleichberechtigten verfassungsmäßigen Rechte für alle politischen Parteien zur mindesten Voraussetzung haben müsse.“

Zustimmung der Wirtschaftspartei

Berlin, 8. Jan. Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei trat heute vormittag zu einer Sitzung zusammen, die sich auch mit den Verhandlungen der Regierung für eine etwaige Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten v. Hindenburg beschäftigte. Wie das W.D.Z. erfährt, erklärte der Fraktionsvorsitzende, Hg. Wollath, unter allgemeiner Zustimmung, die Wirtschaftspartei würde es im außen- und innerpolitischen Interesse des Reiches begrüßen, wenn die Bemühungen des Reichskanzlers in dieser Frage Erfolg hätten. Sie wird zu ihrem Teile alle Schritte unterstützen, die zu dem Erfolg führen können, daß dem Reich die in der jetzigen kritischen Zeit besonders wertvolle Führung durch den Reichspräsidenten v. Hindenburg erhalten bleibt.

Die für Dienstag angelegte Kellereuratsitzung wird auf jeden Fall stattfinden. Es ist jedoch möglich, daß in dieser Sitzung noch keine Entscheidung über die Einberufung des Reichstages fällt, weil die Vorverhandlungen über die Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten vielleicht bis dahin noch nicht zum Abschluß gekommen sind.

Der „Angriff“ verboten

Berlin, 8. Jan. Der nationalsozialistische „Angriff“ ist heute vom Volkspräsidenten auf sieben Tage verboten worden wegen zwei in der gestrigen Nummer erschienenen Artikel, in denen eine Verächtlichmachung der Justiz und eine Herabwürdigung der jüdischen Religionsgemeinschaft erblickt wird.

Französische Befürchtungen

Paris, 8. Januar. Die Unterredung zwischen dem Reichskanzler und Hitler findet in der Pariser Presse so stärkere Beachtung, als man in einem Verbleiben des Reichspräsidenten an der Spitze des Deutschen Reiches eine Garantie für die Fortsetzung der bisherigen Politik erblickt, während man die Wahl eines Kandidaten der oppositionellen Rechte als einen Sprung ins Ungewisse bezeichnet. Das „Echo de Paris“ unterstreicht besonders, daß Hitler diesmal nicht um die Unterredung gebeten habe, sondern daß er diesmal von der Reichsregierung selbst zu der Unterredung eingeladen worden sei. Das Blatt glaubt auch nicht, daß Hitler sich jemals zu einem Zugeständnis in der Frage der Präsidentenwahl bereit erklären wird, ohne dafür weitgehende Zugeständnisse auf außenpolitischem Gebiete zu verlangen. Auf der Kaufmann und Weniger Konferenz würde der Schatten Hitlers mehr denn je hinter der schmalen Silhouette des Reichskanzlers erscheinen.

Francois Poncet berichtet in Paris

Paris, 8. Jan. Der französische Botschafter in Berlin, Francois Poncet, der am Donnerstag zu spät in Paris eingetroffen ist, um noch an den Beratungen des Ministerrates teilzunehmen, hatte im Laufe des Nachmittags eine längere Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten. Der Botschafter erstattete Bericht über seine Unterredungen, die er mit dem Reichskanzler Brüning über die bevorstehende Kaufmann Konferenz gehabt hat.

Empfang beim Reichspräsidenten. Reichspräsident von Hindenburg empfing am Freitag den deutschen Botschafter beim Völkischen Stahl, Dr. von Bergen.